

Wahlen im Südsudan erneut verschoben: Jetzt erst 2026!

Im Südsudan wurden die für Dezember 2024 geplanten Wahlen auf den 22. Dezember 2026 verschoben, da die Übergangszeit andauert.



Im Südsudan sind die Wahlen, die für Dezember dieses Jahres angesetzt waren, erneut um zwei Jahre verschoben worden. Präsident Salva Kiir gab diesen Schritt kürzlich über seine Social-Media-Kanäle bekannt, nachdem das Land seit dem Ende des Bürgerkriegs vor sechs Jahren in einer anhaltenden Übergangszeit gefangen ist. Die neuen Wahltermine sind nun auf den 22. Dezember 2026 festgelegt. Dies ist nicht das erste Mal, dass die Wahlen aufgeschoben werden; bereits im Februar 2023 waren sie aufgrund versäumter Verpflichtungen der Regierung im Rahmen eines Friedensabkommens verschoben worden.

Die politische Situation im Südsudan ist tiefgreifend von

Konflikten geprägt. Der Bürgerkrieg, der mehr als fünf Jahre dauerte und fast 400.000 Menschenleben forderte, wurde 2018 durch ein internationales Friedensabkommen beendet. Doch die Spannungen zwischen Präsident Kiir und seinem langjährigen Rivalen, Vizepräsident Riek Machar, halten an und haben zur Verlängerung der Übergangsperiode geführt. Trotz der Verfügbarkeit von Ölressourcen gilt der Südsudan als eines der ärmsten Länder weltweit und befindet sich in einer schweren wirtschaftlichen und politischen Krise.

Politische und wirtschaftliche Hintergründe

Die Unabhängigkeit vom Sudan im Jahr 2011 markierte einen Neuanfang für den Südsudan. Die Erwartungen an politische Stabilität und wirtschaftliches Wachstum waren damals hoch, doch die Realität sieht anders aus. Anhaltende Konflikte, vor allem zwischen den beiden führenden Politfiguren des Landes, haben die Entwicklung massiv behindert. Der von den Vereinten Nationen und anderen internationalen Akteuren vermittelte Frieden hat bisher nicht die erhoffte Stabilität gebracht. Kiirs Ankündigung zur Verschiebung der Wahlen steht in einem Kontext, der zeigt, dass grundlegende Probleme im politischen System des Landes ungelöst bleiben.

In den Jahren seit der Unabhängigkeit hat der Südsudan einen dramatischen Anstieg der Armut erlebt, während die politischen Eliten weiterhin an ihren Machtpositionen festhalten. Die aktuelle Regierung sieht sich mit der Herausforderung konfrontiert, nicht nur die Wahlen zu organisieren, sondern auch die großen sozialpolitischen und wirtschaftlichen Missstände im Land anzugehen.

Die gewaltsamen Auseinandersetzungen und die anhaltenden Machtkämpfe zwischen Kiir und Machar haben verhindert, dass das Friedensabkommen von 2018 erfolgreich implementiert wird. Das Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Entscheidungsträger ist stark angekratzt, und die ausbleibenden Wahlen tragen zu einem Gefühl der Enttäuschung und des

Misstrauens bei. Die Tatsache, dass die Regierung zentrale Punkte des Friedensabkommens nicht einhalten konnte, zeigt die Schwierigkeiten, mit denen das Land zu kämpfen hat.

Die internationale Gemeinschaft beobachtet die Situation im Südsudan genau, da die Stabilität in der Region sowohl für die Länder des Horns von Afrika als auch für internationale Investitionen von großer Bedeutung ist. Ob die nun festgelegten Wahlen im Jahr 2026 tatsächlich stattfinden werden, bleibt abzuwarten. Die Sorge ist groß, dass die bestehenden Konflikte bis dahin weiterhin bestehen bleiben könnten, sodass das Land in seiner gegenwärtigen Übergangsphase verharzt.

Zusammengefasst bleibt der Südsudan in einer kritischen Phase, in der sowohl politische als auch wirtschaftliche Reformen dringend erforderlich sind. Der Wunsch nach Veränderung und Stabilität wird von der Bevölkerung lautstark geäußert, doch die Realität sieht oft anders aus. Viele hoffen auf Fortschritte in den kommenden Jahren, während sie gleichzeitig die Unsicherheiten ertragen, die mit einer so langen politischen Übergangszeit einhergehen. Weitere Informationen zu diesem Thema finden sich in einem ausführlichen Bericht **auf www.zeit.de**.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de